



Die zwölf Prinzipien guter, demokratischer Regierungsführung auf lokaler Ebene

→ Prinzip 1

Durchführung fairer Wahlen, Repräsentation und Partizipation

- Kommunalwahlen werden frei und fair, ohne Betrug durchgeführt, gemäß der internationalen Standards und der nationalen Gesetze.
- Die Bürger sind das Zentrum der öffentlichen Arbeit und sie werden über klar definierte Verfahren am öffentlichen Leben der Gemeinde beteiligt.
- Alle Männer und Frauen können sich am Entscheidungsprozess beteiligen, entweder direkt oder über legitime Vertretungsorgane, die ihre Interessen vertreten. Eine solche Partizipation gründet sich auf die Rede-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.
- Alle Stimmen, auch die Stimmen derjenigen, die weniger privilegiert oder benachteiligt sind, werden gehört und bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt, auch im Hinblick auf die Verteilung von Ressourcen.
- Es gibt stets das aufrichtige Bemühen, zwischen den zahlreichen legitimen Interessen zu vermitteln und einen breiten Konsens zu erreichen, was im besten Interesse der gesamten Gemeinde liegt und wie man dieses erreichen kann.
- Die Entscheidungen erfolgen nach dem Mehrheitsprinzip, wobei die Rechte und die legitimen Interessen der Minderheit zu respektieren sind.

→ Prinzip 2

Ansprechbarkeit

- Zielsetzungen, Regeln, Strukturen und Verfahren werden den legitimen Erwartungen und Bedürfnissen der Bürger angepasst.
- Öffentliche Dienste werden erbracht und Anträge und Beschwerden werden innerhalb einer angemessenen Frist beantwortet.

→ Prinzip 3

Effizienz und Effektivität

- Die Ergebnisse erfüllen die vereinbarten Zielsetzungen.
- Die verfügbaren Ressourcen werden bestmöglich genutzt.
- Leistungsmanagementsysteme ermöglichen eine Evaluierung und Stärkung der Effizienz und Effektivität von Diensten.
- Es werden regelmäßige Audits durchgeführt, um die Leistung zu bewerten und zu verbessern.

→ Prinzip 4

Offenheit und Transparenz

- Die Entscheidungen werden gemäß anwendbarer Regeln und Bestimmungen getroffen und umgesetzt.
- Es gibt einen öffentlichen Zugang zu allen Informationen, die nicht aus berechtigten und

gesetzlich festgelegten Gründen der Geheimhaltung unterliegen (wie z. B. im Hinblick auf Datenschutz oder zur Sicherstellung der Fairness von Vergabeverfahren).

- Informationen über Entscheidungen, Umsetzungen von politischen Maßnahmen und Ergebnisse werden auf eine Weise öffentlich zugänglich gemacht, die es ermöglicht, diesen effektiv zu folgen und zur Arbeit der Gemeinde beizutragen.

→ Prinzip 5

Rechtsstaatlichkeit

- Die Gemeinden achten die Gesetze und gerichtlichen Entscheidungen.
- Gesetze und Bestimmungen werden gemäß den Verfahren verabschiedet, die vom Recht vorgehen sind, und unparteiisch umgesetzt.

→ Prinzip 6

Ethisches Verhalten

- Das öffentliche Wohl genießt Vorrang vor jedem Einzelinteresse.
- Es gibt effektive Maßnahmen, um alle Formen der Korruption zu verhindern und zu bekämpfen.
- Interessenkonflikte werden rechtzeitig aufgedeckt und die betroffenen Personen müssen sich der relevanten Entscheidungen enthalten.

→ Prinzip 7

Kompetenz und Kapazität

- Die beruflichen Fähigkeiten derjenigen, die Regierungsgeschäfte erledigen, werden kontinuierlich gepflegt und gestärkt, damit sie ihre Leistung und ihre Wirkung verbessern können.
- Öffentlich Bedienstete sind motiviert, kontinuierlich ihre Leistung zu verbessern.
- Praktische Methoden und Verfahren werden geschaffen und eingesetzt, um die Fähigkeiten in Kapazitäten umzuwandeln und bessere Resultate zu erzielen.

→ Prinzip 8

Innovation und Offenheit für Wandel

- Neue und effiziente Lösungen für Probleme werden gesucht und es werden moderne Methoden für die Erbringung von Dienstleistungen eingesetzt.
- Es gibt die Bereitschaft, neue Programme einzuführen und zu testen und von den Erfahrungen Anderer zu lernen.
- Es wird ein Klima geschaffen, das dem Erreichen besserer Resultate förderlich ist.

→ Prinzip 9

Nachhaltigkeit und langfristige Ausrichtung

- Die Bedürfnisse zukünftiger Generationen werden in der aktuellen Politik berücksichtigt.
- Die Nachhaltigkeit der Gemeinde wird beständig im Auge behalten. Die Entscheidungen bemühen

sich, alle Kosten einzuschließen und keine Probleme und Spannungsfelder auf zukünftige Generationen abzuwälzen, z. B. im Hinblick auf Umwelt, Strukturen, Finanzen, Wirtschaft oder Sozialleistungen.

- Es gibt eine breite und langfristige Perspektive für die Zukunft der Gemeinde, die ein Gespür für das aufweist, was für eine solche Entwicklung notwendig ist.
- Es gibt ein Verstehen der historischen, kulturellen und sozialen Komplexitäten, auf die diese Perspektive gründet.

→ Prinzip 10

Solides Finanzmanagement

- Die Gebühren übersteigen nicht die Kosten der bereit gestellten Dienste und senken nicht übermäßig die Nachfrage, insbesondere im Fall wichtiger öffentlicher Dienstleistungen.
- Das Finanzmanagement zeichnet sich durch Besonnenheit aus, u.a. bei der Vertragsvergabe und der Nutzung von Krediten, bei der Schätzung von Ressourcen, Einkünften und Reserven, und bei der Verwendung von Sondereinkünften.
- Mehrjährige Haushaltspläne werden mit Konsultation der Öffentlichkeit erstellt.
- Die Risiken werden sorgfältig eingeschätzt und gehandhabt, einschließlich der Veröffentlichung von konsolidierten Jahresabschlüssen und, im Fall von Public-Private-Partnerships, durch eine realistische Verteilung der Risiken.
- Die Gemeinde trifft Vorkehrungen für eine interkommunale Solidarität, eine faire Aufteilung der Belastungen und Leistungen und Reduzierung von Risiken (Ausgleichssysteme, interkommunale Kooperation, Umverteilung der Risiken ...).

→ Prinzip 11

Menschenrechte, kulturelle Vielfalt und sozialer Zusammenhalt

- In der Einflussosphäre der Gemeinde werden die Menschenrechte geachtet, geschützt und umgesetzt, und jedwede Diskriminierung wird bekämpft.
- Die kulturelle Vielfalt wird als Vermögenswert behandelt und es wird sich beständig bemüht, sicherzustellen, dass sich alle in die Gemeinde einbringen, sich mit dieser identifizieren und sich nicht ausgegrenzt fühlen.
- Der soziale Zusammenhalt und die Integration benachteiligter Gebiete werden gefördert.
- Der Zugang zu Grundversorgungsdiensten wird aufrechterhalten, insbesondere für die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

→ Prinzip 12

Rechenschaftspflicht

- Alle Entscheidungsträger übernehmen einzeln und gemeinsam für ihre Entscheidungen die Verantwortung.
- Die Entscheidungen werden mitgeteilt, erklärt und können sanktioniert werden.
- Es gibt effektive Rechtsmittel gegen Missstände in der Verwaltungstätigkeit und gegen Maßnahmen der kommunalen Behörden, die gegen Bürgerrechte verstoßen.



Direktorat für demokratische Institutionen
Generaldirektion für Demokratie und politische Angelegenheiten
Europarat – Straßburg – F-67075

Tel: +33 3 88 41 20 00
Email: Info.DDI@coe.int

www.coe.int/localdemocracy

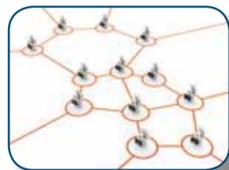


Strategie für Innovation und gute Regierungsführung auf lokaler Ebene



Strategie für Innovation und gute Regierungsführung auf lokaler Ebene

Die Strategie, die im März 2009 verabschiedet wurde, ist ein praktisches Instrument, das eingesetzt werden kann, um Synergien zwischen den Interessengruppen zu generieren, seien diese lokal, regional, national oder europäisch, indem sie gemäß einer gemeinsamen Vision, die auf zwölf Prinzipien guter demokratischer Regierungsführung basiert, mit allgemeingültigen Instrumenten an der Verbesserung der Qualität der lokalen Regierungsführung arbeiten



Die Strategie kann den Gemeinden helfen, ihre Ausübung der öffentlichen Befugnisse und die Dienste zu verbessern, die sie den Bürgern anbieten



Menschen als Herzstück der lokalen Demokratie

Wo immer wir uns entscheiden, zu leben, zu arbeiten und zu spielen, unsere Lebensqualität wird immer zu einem großen Teil von der Qualität unserer lokalen Demokratie bestimmt.

Wir wünschen und verdienen eine öffentliche Verwaltung, die unsere Bedürfnisse und Hoffnungen ernst nimmt, die an unserer Lebensqualität interessiert ist und die versucht, unser Leben zu verbessern. Die Teilnahme sollte für alle zugänglich sein und sollte, wenn öffentliche Dienstleistungen festgelegt, organisiert und überarbeitet werden, eine Vielzahl von Stimmen berücksichtigen und dies nicht nur in den Zeiten vor einer Wahl, sondern für die gesamte Amtsdauer des Stadt-/Gemeinderats.

Wir erwarten, dass unsere lokale Verwaltung das Recht achtet, aber auch, dass sie ihre Dienste kontinuierlich verbessert und auf dem neusten Stand arbeitet. Viele öffentliche Dienste, die wir nutzen, werden als Gegenleistung zu kommunalen Steuern von unserer lokalen Verwaltung erbracht. Qualitativ hochwertige Dienste, die von der lokalen Verwaltung angeboten werden, die transparent, rechenschaftspflichtig und entgegenkommend ist, sind daher legitime Erwartungen der Bürger.

Die lokale Demokratie ist keine Übergangsphase, sondern ein wesentlicher Bestandteil des demokratischen Gewebes unserer Gesellschaft, verkörpert durch die 44 europäischen Staaten, die die Europäische Charta der lokalen Selbstverwaltung des Europarats ratifiziert haben.

Effektive lokale Demokratie: Eine weise Investition ...

Eine effektive, transparente, rechenschaftspflichtige lokale Verwaltung ist kein Luxus, sondern eine weise Investition. Eine lokale Verwaltung, die uns zuhört, unsere Vielfalt achtet und Bedürftige versorgt, beweist, dass sie sich um unsere Gemeinschaft, unser Wohlergehen und um die von ihr erzielten Resultate kümmert. Wir möchten in Gebieten wohnen, die sicher, sauber und vielfältig sind, gute Bildungseinrichtungen, sichere Straßen, ein angemessenes öffentliches Verkehrsnetz, Freizeitangebote für Kinder, einen leichten Zugang zu Informationen, etc. bietet.

Eine effektive Demokratie und eine gute Verwaltung auf allen Ebenen sind für unsere Gesellschaften unverzichtbar. Sie tragen dazu bei, Konflikte zu vermeiden, Stabilität zu fördern, Verschwendung zu minimieren, den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu unterstützen, und sie sind notwendig, um nachhaltige Gemeinschaften zu schaffen, in der jeder leben und arbeiten möchte.



Die Rolle des Europarats

Der Europarat unterstützt die laufende Verbesserung der Qualität der Demokratie auf allen Ebenen, beginnend auf der lokalen Ebene. Er drängt die Regierungen, Richtlinien und Instrumente einzuführen, die die lokalen Behörden darin unterstützen, ihre Angelegenheiten effektiver auszuführen. Er unterstützt die Gemeinden, die sich aufrichtig einer effektiven demokratischen Regierungsführung verpflichtet haben. Über den Europarat, europäische Gemeinden und deren Verbände können Erfahrungen und Praxistipps ausgetauscht werden, von denen man lernen kann.

Darüber hinaus erkennt der Europarat diejenigen Gemeinden an, die die Vorgaben einer guten Regierungsführung erfüllen.

All dies führt er im Rahmen seiner „Strategie für Innovation und gute Regierungsführung“ (und seines europäische Labels durch), an der sich alle Gemeinden beteiligen können.

2007 erklärten die in den 47 Mitgliedsstaaten des Europarats zuständigen europäischen Minister für lokale und regionale Verwaltung in Valencia die europäische Strategie zu ihrem gemeinsamen Ziel.

Eine europäische Strategie für eine qualitativ hochwertige lokale Regierungsführung

Die 12 Prinzipien der „Strategie“ (siehe umseitig) fassen die Grundwerte der europäischen Demokratie zusammen und bilden das komplette Spektrum der Anforderungen für eine gute demokratische Regierungsführung.

Mittels der 12 Prinzipien können die Gemeinden der 47 Mitgliedsstaaten des Europarats ihre Regierungsführung kontinuierlich verbessern. Parallel dazu arbeiten ihre Zentralregierungen daran, die institutionellen Bedingungen für die Verbesserung der Gemeindeverwaltungen zu schaffen und aufrechtzuerhalten, womit sie auf bestehenden Verpflichtungen gemäß der Europäischen Charta der lokalen Selbstverwaltung und anderen Standards des Europarats aufbauen.

Das neue europäische Label für Innovation und gute Regierungsführung wird den Gemeinden verliehen, die einen allgemein hohen Grad an Regierungsführung im Hinblick auf die 12 Prinzipien der „Strategie“ erreicht haben.

Das Label wird national durch ein unabhängiges Wahlkomitee vergeben, das die allgemeine Qualität der Regierungsführung der beantragenden Gemeinde anhand der 12 Prinzipien prüft.

Wie wird sie umgesetzt?

1. Die Gemeinden verpflichten sich, ihre Leistungen kontinuierlich zu verbessern. Sie werden aufgefordert, die „Strategie“ und deren 12 Prinzipien offiziell zu verabschieden.

2. Die Regierungen oder die Gemeindeverbände, welche Ebene am geeignetsten erscheint, entwerfen und verabschieden nationale Aktionsprogramme, in denen die zu ergreifenden Maßnahmen hervorgehoben werden, und unterteilen diese in eine Abfolge von Schritten, in denen sie umgesetzt werden.

Was können die Zentralregierungen machen?

3. Ein europäisches Label, vom Europarat entworfen und akkreditiert, wird den Gemeinden auf nationaler Ebene verliehen, die einen bestimmten allgemeinen Grad an guter Regierungsführung gemäß den 12 Prinzipien erreicht haben.

Was können die regionalen Stellen machen?

In ganz Europa können die zentralen Stellen die „Strategie“ mit den nationalen Gemeindeverbänden besprechen. Wenn diese zustimmen, dass die „Strategie“ dazu beitragen würde, die Bedingungen für die Verbesserung der lokalen Verwaltung zu schaffen, können sie offiziell beitreten und mit der Implementierung beginnen. Sie können die Gemeinden einladen, sich zu beteiligen.

Die Umsetzung erfolgt in der Regel in den nachstehend aufgeführten Schritten:

- Ernennung eines Projektmanagers, der die Umsetzung koordiniert;
- Erstellen einer Bedarfsanalyse im Hinblick auf alle oder einige der 12 Prinzipien, um zu ermitteln, welche für eine Verbesserung der Regierungsführung relevant sind;
- Besprechung der Ergebnisse der Bedarfsanalyse und Austausch von Erfahrungen und Know-how mit anderen Staaten;
- Verabschiedung eines Aktionsprogramms, das konkrete Maßnahmen für eine Verbesserung nennt (z. B. Ausbildungs- und Kapazitätsausbauprogramme, Gesetzesreform, Angebot von Anreizen, Sicherstellen eines Erfahrungsaustausches).

Was können die Gemeinden machen?

In Staaten, die offiziell die Strategie verabschiedet haben:

Auf eigene Initiative oder auf Einladung des Nationalverbands können die Gemeinden sich anmelden und die Umsetzung der 12 Prinzipien einleiten.

In Staaten, in denen die Strategie noch nicht verabschiedet wurde:

Wo die „Strategie“ noch nicht offiziell verabschiedet wurde, kann eine Gemeinde immer noch:



Innovation, Experimentieren und das Lernen von Dritten sind hoch effektive Methoden für die Verbesserung der Qualität der lokalen Regierungsführung.

- die 12 Prinzipien der guten demokratischen Regierungsführung prüfen und formal ihre Verpflichtung auf sie erklären, vorzugsweise durch einen Beschluss des Stadt-/ Gemeinderats;
- ihre Verpflichtung öffentlich machen, indem sie die Bürger in geeigneter Weise davon in Kenntnis setzt;
- den Europarat sowie die Zentral- und Regionalverwaltung von ihrer Selbstverpflichtung in Kenntnis setzen;
- einige vorrangige Prinzipien herausgreifen, an denen sie mittelfristig arbeiten möchte;
- einen Aktionsplan zur Verbesserung ihrer Leistungen im Hinblick auf diese vorrangigen Prinzipien verabschieden;
- ihre Leistungen und Ergebnisse im Hinblick auf die vorrangigen Prinzipien mindestens einmal im Jahr evaluieren; diese Evaluierung könnte in Form eines Berichts des Bürgermeisters, eines Ratsausschusses oder einer unabhängigen Körperschaft erfolgen.

Was können die regionalen Stellen machen?

Die Entscheidung zur Teilnahme kann in Staaten, in denen die Regionen eine wichtige Rolle bei der Verwaltung der Gemeinden spielen und in denen sie aus diesem Grund ein legitimes Interesse daran haben, die Art und Weise zu verbessern, in denen sie verwaltet werden, auf regionaler Ebene getroffen werden.

Außerdem können die Regionen

- die „Strategie“ fördern, indem sie die Gemeinden über die Strategie, ihre Leistungen und wie sie umgesetzt wird, informieren;
- die Gemeinden einladen, der „Strategie“ offiziell beizutreten;
- Treffen mit den Gemeinden der Region durchführen, um Erfahrungen auszutauschen;
- eine Diskussionsplattform bereitstellen;
- für Gemeinden günstige Bedingungen für die Verbesserung der Qualität ihrer Verwaltung bereitstellen oder unterstützen;
- die Gemeinden ermutigen, wo möglich, die „Strategie“ umzusetzen, indem sie jene Gemeinden anerkennen, die das größte Engagement zeigen.

Schließlich können die Regionen, in ihrer Rolle als wichtige politische und verwaltungstechnische Einheiten mit einem Interesse an der Verbesserung ihrer eigenen Regierungsführung, sich auch selbst von den Leitlinien der „Strategie“ inspirieren lassen.

Wer überwacht die „Strategie“?

Die Plattform der Interessengruppen des Europarats trägt die allgemeine Verantwortung für die „Strategie“. Die Plattform besteht aus Vertretern der gesetzlichen Institutionen des Europarats: dem Ministerkomitee, der Parlamentarischen Versammlung, dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas und der Konferenz der internationalen NRO sowie dem Lenkungsausschuss des Europarates in diesem Bereich: Europäischer Ausschuss für lokale und regionale Demokratie (CDLR).



Ein symbolischer Dodekaeder mit den eingravierten 12 europäischen Prinzipien auf den 12 Flächen wird den Gemeinden angeboten, denen das europäische Label verliehen wurde.

Die Kurzanweisung der Plattform lautet, die „Strategie“ zu überwachen und eine Anleitung zu geben, wie diese zu implementieren ist und diese unter Berücksichtigung der Erfahrungen weiter zu entwickeln. Damit:

- unterstützt sie, auf Antrag, die nationalen und regionalen Regierungen und lokalen Gemeindeverbände bei der Entwicklung von Initiativen und Aktionsprogrammen für eine gute demokratische Regierungsführung, um die „Strategie“ umzusetzen ;
- trägt sie zu diesen Aktionsprogrammen bei;
- fördert sie das europäische Label für Innovation und gute Regierungsführung auf dem gesamten Kontinent;
- lobt sie die Vorkehrungen einzelner Mitgliedsstaaten für die Verleihung des Labels an Gemeinden und liefert, auf Antrag, jede technische Unterstützung, die für die Entwicklung dieser Vorkehrungen erforderlich ist.

Wie kann meine Gemeinde der „Strategie“ beitreten?

Wenn Sie wünschen, dass Ihre Gemeinde der „Strategie“ beitrifft, unabhängig davon, ob Sie der Bürgermeister, ein Gemeindeverwalter, ein politischer Entscheidungsträger oder ein Bürger sind, können Sie entweder den Gemeindeverband Ihres Landes oder einen Vertreter des Direktorats für demokratische Institutionen des Europarats in Straßburg, Frankreich, kontaktieren (Kontaktinformationen auf der Gegenseite). Man wird Sie im Hinblick auf die Folgeschritte beraten, die Sie ergreifen können, um Ihre Gemeinde, Region oder Ihren Verband in die Richtung einer guten Regierungsführung und der verbesserten Achtung der europäischen Prinzipien und Grundwerte zu führen und Ihre Gemeinde zu einem besseren Ort zu machen, an dem man gerne lebt.